

«Es ist Zeit, das Volk zu befragen»

Morgen Samstag starten die Grünliberalen ihre Volksinitiative für eine kantonale Energieförderung. Ermutigt fühlen sie sich nicht zuletzt durch die Abstimmungen in den sechs Bezirken.

Die Einen wollen und dürfen nicht. Die Anderen könnten, aber wollen nicht. Zur Energieförderung bestehen im Kanton Schwyz konträre Vorstellungen. Während Regierung und eine Parlamentsmehrheit nichts von einer Förderung alternativer Energien wissen wollen, wagten die sechs Bezirke im Vorjahr den Alleingang: An jeder einzelnen Bezirksgemeinde gab es eine Abstimmung zum Energie-Fünfliber – und sechsmal ein klares Ja. «Es ist Zeit, die Frage dem Schwyzer Stimmvolk vorzulegen», befand gestern Donnerstag Pietro Imhof, der Präsident der Grünliberalen Kanton Schwyz.

«Das braucht einen Effort»

Die Abstimmung über die Fördermassnahmen peilen die Grünliberalen mit einer Volksinitiative an – notabene der ersten der noch jungen und dementsprechend kleinen Partei. «Damit», so Imhof, «wollen wir die Blockade beim kantonalen Energie-Förderprogramm lösen».

Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Geld zurück in den Kanton Schwyz» – oder kurz «Geld zurück Initiative» – startet morgen Samstag, 7. April. Obwohl die Kantonalpartei

über erst wenige Sektionen verfügt, hofft Imhof, dass die benötigten 2000 Unterschriften bis Mitte Jahr 2018 vorliegen: «Doch dafür braucht es einen Effort.»

«Klinisch tot»

Der Einsiedler GLP-Kantonsrat Ruedi Bopp bedauert, dass das kantonale Energiegesetz 2009 zwar von den Schwyzer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern deutlich angenommen, inzwischen vom Parlament aber trockengelegt worden sei. Das Förderprogramm, so Bopp, «ist wegen fehlender finanzieller Mittel schon seit längerer Zeit blockiert. Es ist klinisch tot». Damit können auch die CO₂-Abgaben, die Schwyz alljährlich nach Bern abliefern, nur zum Teil zurück in den Kanton fließen.

Die Grünliberalen Kantonsräte haben mit einem parlamentarischen Vorstoss bereits im letzten Jahr eine Gesetzesanpassung zur Finanzierung des Förderprogramms angeregt. Der Regierungsrat und eine knappe Mehrheit im Kantonsrat wollten aber aus ordnungspolitischen Gründen kein kantonales Programm mehr. Damit, so der Einsiedler Kantonsrat, verzichtet der Kanton

Schwyz «jedes Jahr auf Millionen an CO₂-Geldern, die in Bern für uns bereit liegen».

«Wir holen das Geld zurück»

Die Initiative der Grünliberalen will mit einer Änderung des Energiegesetzes die Finanzierung mit einem neuen Energiefonds sicherstellen. Dieser soll jährlich mit einem Sechstel des von der Nationalbank an den Kanton Schwyz ausgeschütteten Gewinnanteils alimentiert werden. In der Regel fließen damit pro Jahr gut 2 Millionen Franken in den neuen Fonds.

Nach Ansicht der Initianten werden damit die in Bern liegenden CO₂-Gelder deblockiert und der doppelte Betrag, also gut 4 Millionen pro Jahr, fließt in den Schwyzer Wirtschaftskreislauf und damit zurück ins Portemonnaie der Schwyzerinnen und Schwyzer. Dem Schwyzer Förderprogramm stehen somit ausreichend Mittel für Energieprojekte zur Verfügung – selbst wenn die Nationalbank keine Ausschüttung vornehmen kann, was aber selten vorkommt.

Diese Mittel seien «Sauerstoff für die Schwyzer Energie- und Baubranche», rechnete Bopp hoch, denn

jeder Förderfranken löse das Vier- bis Zehnfache an Zusatzinvestitionen aus. Neben den Investitionen verwies Bopp auch auf Innovationen: «Wir bewegen uns in einem zukunftsächtigen Markt. Warum sollen davon nur Unternehmen ausserhalb des Kantons Schwyz profitieren?»

Kommt die Initiative zustande, könne die Bevölkerung «den Kanton zwingen, der Verpflichtung im Energiegesetz endlich nachzukommen – nämlich Massnahmen zur sparsamen und rationellen Energienutzung sowie zur Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme zu fördern».

Für Ruedi Bopp und die GLP ist klar, dass die angestrebte Bezirks-Lösung «keine dauerhafte Massnahme ist – sie ist eine Krücke und muss durch ein stabiles Fundament ersetzt werden».

Bekanntlich wird die Lösung der sechs Bezirke aktuell noch immer durch eine Beschwerde (EA 3/18) blockiert. Ihre Initiative sieht die GLP dadurch nicht tangiert. Im Gegenteil: «Mit der Anpassung des Energiegesetzes wollen wir eine rechtliche Grundlage und somit Klarheit in Sachen Energieförderung schaffen», sagt Bopp. (Vi)